

# Awo fordert mehr sozialen Wohnungsbau

Spitze des örtlichen Sozialverbands erwartet vom Freistaat deutlich bessere Unterstützung

**FÜRTH – Die Spitze der Fürther Arbeiterwohlfahrt (Awo) in Fürth hat den Freistaat daran erinnert, dass er „beim Thema Wohnungsbau in der Pflicht“ sei.**

„Für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung ist der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum mit guter infrastruktureller Anbindung, vor allem in den bayerischen Ballungszentren, schwierig“, beklagt der sozialpolitische Sprecher der Awo Fürth-Stadt, Benedikt Döhla. Insbesondere Personen mit geringem Einkommen wür-

den zunehmend aus zentralen Wohnquartieren verdrängt.

Nach Ansicht des Sozialverbands kommt den bayerischen Kommunen bei der Gestaltung der Wohn- und Lebenssituation ihrer Bürger eine zentrale Rolle zu. Doch nicht alle bayerischen Städte und Gemeinden seien in der Lage, diese Aufgabe sachgerecht wahrnehmen zu können.

## Hilfe für Kommunen

„Der Freistaat Bayern und damit die neue Landesregierung muss die Kommunen umfassend dabei unterstützen,

bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen“, fordert Döhla. Es müsse wieder kommunale Steuerungsmöglichkeiten bei der Versorgung von Menschen geben, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt nicht durchsetzen können.

Eine solche Steuerungsmöglichkeit sei die konsequente Förderung und Sicherung des sozialen Wohnungsbaus. Der Freistaat müsse Städte und Gemeinden „für diese wichtige Aufgabe finanziell ausreichend ausstatten“, betont die Fürther Awo-Vorsitzende Karin Hirschbeck. *fn*